

Intellektuelle wollen Union und FDP das Denken lehren

Konservative und Liberale bereiten Gründung einer Denkfabrik als Gegengewicht zu Rot-Grün vor

Konservative und Liberale wollen ein Gegengewicht zu dem aufbauen, was sie als rot-grünen Mainstream in Deutschland sehen. Dazu wird nach WELT-Informationen die Gründung einer Denkfabrik vorbereitet.

VON ROBIN ALEXANDER

Laut einem „Mission Statement“, das WELT vorliegt, soll damit ein „neuer Thinktank für zukunftsorientierte bürgerliche Politik in Deutschland und Europa“ geschaffen werden. Die „Denkfabrik R21“ soll demnach für einen „leistungsfähigen schlanken Staat und nachhaltiges Wachstum“ eintreten, bekennt sich zur „führenden Verantwortung Deutschlands in Europa und steht für einen weltoffenen Pluralismus“. Sie will „Strategien und Konzepte einer kohärenten bürgerlichen Politik“ erarbeiten und „somit Grundlagen für die politische Praxis“ schaffen.

Eine Website, die WELT einsehen konnte, zählt namhafte Köpfe aus Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik als Beirat auf. Da sich das Projekt noch im Aufbau befindet, ist bislang jedoch unklar, wer am Ende wirklich dabei ist. Als Kernteam gelten jedoch der Historiker Andreas Rödder, der in Mainz lehrt und zurzeit Visiting Professor an der Johns-Hopkins-Universität in den USA ist, die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sowie der deutsch-israelische Psychologe und Autor Ahmad Mansour, der sich in Projekten gegen einen radikalen Islam engagiert.

Christdemokrat Rödder hatte sich in rheinland-pfälzischen Landtagswahlkämpfen als „Schattenminister“ für die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner engagiert, Schröder hat ihre Parteikarriere bei der Union beendet und ist heute als Anwältin tätig. Zudem schreibt sie als Kolumnistin regelmäßig für WELT. Nach den vorliegenden Dokumenten ist

der neue Thinktank überparteilich in Abgrenzung zu bereits vorhandenen linken und sehr rechten Einrichtungen gedacht: „Die Denkfabrik R21 wird in der Thinktank-Landschaft Deutschlands ein Alleinstellungsmerkmal besitzen, indem er aus bürgerlicher Perspektive die gesamte Breite politischer Themen adressiert und auf die politische Praxis zielt.“ Die „etablierten Einrichtungen“ seien „dem rot-grünen beziehungsweise linksliberalen Spektrum zuzuordnen“.

Rödder, den WELT in Washington erreichte, bestätigte den Plan, eine Denkfabrik zu gründen, will sich aber vor Abschluss der Vorbereitungen nicht näher einlassen. Im Leitfaden heißt es: „Die Gründung der Denkfabrik R21 ist umso notwendiger, als die Gesellschaft eine zunehmende Polarisierung erlebt und extreme Positionen an Raum gewinnen. Gruppenbezogene Identitätspolitik, 'cancel culture' und Erwartungen immer weiter reichender staatlicher Leistungen und Regulierungen gefährden die offene Gesellschaft und ihren Wohlstand von links. Auf der rechten Seite greifen im Gegenzug populistische Ressentiments und autoritäre Vorstellungen einer geschlossenen und rückwärtsgewandten Gesellschaft um sich.“

Die Denkfabrik wolle dazu beitragen, „dass die Polarisierung durchbrochen wird und dass Deutschland und Europa sich für die künftigen Herausforderungen aus dem Geist bürgerlicher Politik besser rüsten“. Ziel sei es, „grundlegende Debatten anzustoßen und ergebnisoffen zu führen“ und dazu „kluge Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik und Kultur zusammenzuführen“. Als „Aktivitäten“ werden „Studien, Analysen, Publikationen“ aufgeführt, aber auch „Strategien und Konzepte zur konkreten Anwendung in der Politik“, „Fellowship-Programm“ und „Nachwuchsförderung“. Dazu soll eine „zweistellige Zahl von Kräften“ angeworben werden, die „zum größten Teil durch Spenden“ und „Mitgliedschafts-Programme“ finanziert werden sollen.

KOMMENTAR

Die (Selbst-)Zerstörung der CDU

Bürgerliche sind sozial, weil sie nie jemandem zur Last fallen. Sie tragen die Gesellschaft, wollen nicht getragen werden und tragen gerne andere mit. Sie sind im Ideal souverän. Sie lassen sich indes ungern veräppeln, ausbeuten oder verraten. Das aber hat die Union derart konsequent getan, dass kaum einer weiß, wofür die einst als Eichmaß bürgerlichen Augenmaßes geltende Partei noch steht. In den Merkel-Jahren wurde aus dem Kanzlerwahlverein ein präsidiales Machtabsicherungskombinat.

Die Folgen sind bemerkenswert: Merkel, die gerne alles vom Ende her denkt, hat ihre Partei geschreddert. Die ideologische, weltanschauliche, aber auch – im Wahlkampf zu besichtigen – ästhetische Leere hat etwas Bedrückendes. Die Altvorderen der Partei wie Schäuble und Bouffier haben zugesehen, und jetzt ist die Union ein Sanierungsfall. Das wird zur Chance, wenn die Partei weniger relational zur Machtverwaltung als authentisch im Sinne liberal bürgerlicher Identität gedacht wird.

Auch wenn dem Bürgerlichen das Radikale aus bestem Grunde abgeht, sollte die Union radikal zu ihren weltanschaulichen Kraftquellen zurückkehren, zu einem erhardischen Konzept der sozialen Marktwirtschaft, von der im Au-

genblick nur mehr das Soziale gedacht (oder mehr gefühlt) wird. Subsidiarität könnte ebenso wiederentdeckt werden wie die Wertschätzung eines Staatsbürgers, der eigenverantwortlich und ohne Angstschweiß Autor seiner Biografie sein will und kann.

Die Fortschreibung des Status quo ins Ungefähre hinein hat die Union unattraktiv gemacht: nicht nur das karge Personaltableau, auch die hagere Sprache der Partei, ihre Fantasielosigkeit und der Ytongsteincharme. Wenn nun Unopponenten wie Andreas Rödder und Kristina Schröder Denkfabriken aufmachen, wenn ökonomisch Klarsichtige wie Carsten Linnemann selbstbewusst ihr Haupt erheben und auch ein erfahrener Junger wie Jens Spahn sich sortiert, könnte der Union auch nach einer verheerenden Niederlage die Wiedererstehung gelingen.

Will sie aber so weiterwursteln, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Union in aller-schwerste Turbulenzen gerät. Die tumbe AfD, die es nur dank Merkel gibt, wird ebenso davon profitieren wie die merkeltreuen Grünen. Wenn die aktuellen Umfragen etwas beweisen, dann, dass die Partei zu lange über ihre intellektuellen und politischen Verhältnisse gelebt hat. So etwas kann sich fürchterlich rächen.

forum@welt.de

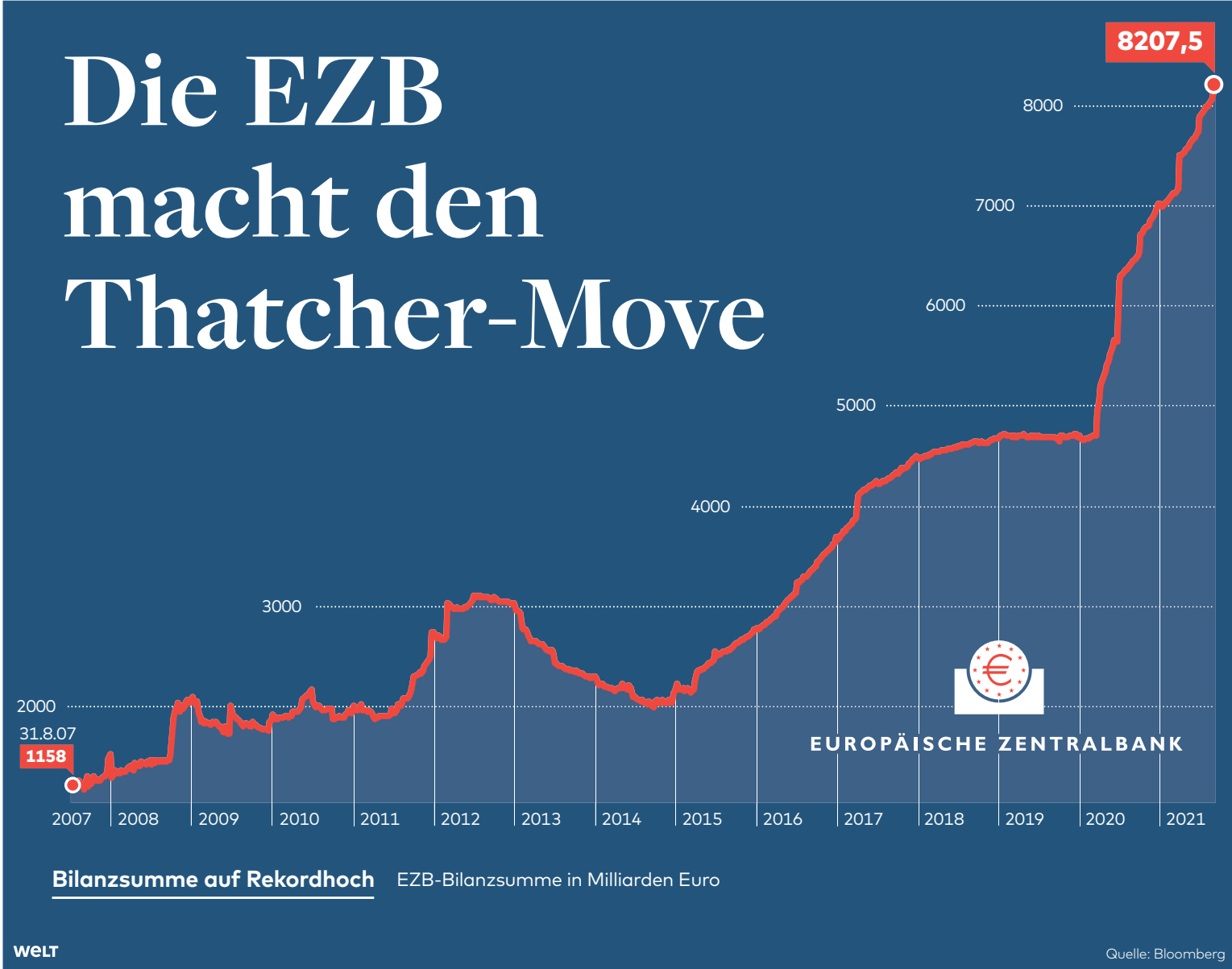
ZIPPERT ZAPPT

Die Liste der bedrohten Arten wird immer länger. Neuerdings ist auch der Komodowaran darauf zu finden, eine nicht besonders sympathisch wirkende Echse, die angeblich sogar Tote ausgraben und fressen soll. Auch die Riesen-Erdschildkröte sowie viele Hai- und Rochenarten gelten als stark gefährdet. Wer wissen möchte, wie es um ihn bestellt ist, sollte beim IUCN in der Schweiz anrufen, denn dort wird die Rote Liste zusammengebaut. Sie ist in verschiedene Gefährdungsstufen unterteilt. Wenn es von Ihnen und Ihrer Familie weniger als 1500

Exemplare gibt, dann gelten Sie offiziell als ausgestorben, wobei eine Nachzucht im Zoo durchaus gelingen könnte. Am besten zählen Sie mal durch und telefonieren herum, damit Sie wissen, ob der Fortbestand Ihrer Art gesichert ist. Der Komodowaran hat einigermaßen gute Überlebenschancen; weil er als Touristenattraktion gilt, wird er intensiv geschützt. Wenn Sie schon länger

nicht mehr von wildfremden Menschen fotografiert wurden, die vorher Eintritt dafür bezahlt hatten, dann müssen Sie sich ernsthafte Sorgen machen.

Die EZB macht den Thatcher-Move



Die Inflation ist in der Euro-Zone auf drei Prozent gestiegen. Die Bürger sind aufgeschreckt. Doch die Europäische Zentralbank hält an ihrer Geldpolitik fest

Es war die erste Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) nach der Sommerpause, und sie war mit Spannung erwartet worden. Aus gutem Grund: Immerhin ist die Inflation im Sommer kräftig in die Höhe geschossen.

VON ANJA ETTTEL UND HOLGER ZSCHÄPITZ

Sie liegt jetzt bei drei Prozent und ist damit so hoch wie seit einer Dekade nicht mehr. Der Kaufkraftverlust hat die Bürger aufgeschreckt. Vor der Bundestagswahl in gut zwei Wochen ist das eine brenzlige Mischung. Dennoch bemühte sich EZB-Präsidentin Christine Lagarde um Coolness. In gerade einmal 57 Minuten referierte sie knapp das Ergebnis der Diskussionen aus dem EZB-Rat. Deren wichtigste Botschaft ließ sich auf gerade einmal drei Sätze verdichten: Eine höhere Inflation ist grundsätzlich erwünscht. Ein sanfter Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik steht noch nicht zur Debatte. Erst im Dezember wird darüber verhandelt.

Dabei ist die Frage nach dem Ausstieg aus der extrem lockeren Geldpolitik von großer Relevanz. Je mehr das Tempo der Teuerung anzieht, desto drängender wird die Frage danach, wann die EZB nach vielen Jahren des Lockerns den Weg zurück in die geldpolitische Normalität vornehmen will. Das sogenannte Tapering – also das Zurückfahren der Anleihekäufe – ist dabei

der erste Schritt. Bevor das nicht passiert, werden die Zinsen keinesfalls angehoben.

Zwar hat die EZB jetzt angekündigt, im vierten Quartal das Tempo bei den Anleihekäufen moderat zu bremsen. Allerdings wollte Lagarde das nicht als Anfang vom Ausstieg gewertet wissen. „The Lady is not for tapering“, sagte sie in Anlehnung an einen berühmten Satz der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Diese hatte in einer Debatte mit den Worten „The Lady is not for turning“ ein Zurückdrehen ihrer ökonomischen Reformen kategorisch ausgeschlossen.

Gemünzt auf die EZB bedeutet das: Von einem Ende der Krisenhilfen, kurz PEPP genannt, will Lagarde noch nichts wissen. Deutlich wurde damit auch, dass die Notenbank den Rahmen von insgesamt 1,85 Billionen Euro, den die Währungshüter für ihr Krisenprogramm bis März 2022 gesetzt hatten, offensichtlich voll ausschöpfen will. „Wir machen kein Tapering, wir rekalibrieren das PEPP“, präzisierte die EZB-Chefin. Der Rat sei sich darin einig.

An den Finanzmärkten kam diese Botschaft gut an. Die Anleiherenditen der hochverschuldeten Euro-Mitgliedsländer Italien, Spanien, Portugal und Griechenland gaben deutlich nach, während spiegelbildlich die Kurse stiegen. Ein klarer Hinweis darauf, dass die Investoren damit rechnen, dass sich die Euro-Mitgliedsländer auch weiterhin kräftig verschulden können.

KOMMENTAR

Und wer redet von der Inflation?

DOROTHEA
SIEMS

strategie hinterfragt. Die Enteignung der Sparer mit Nullzins bei gleichzeitiger Geldentwertung geht immer weiter.

Auch die laut der R+V-Studie drittgrößte Furcht der Deutschen ist leider allzu berechtigt. Schneller noch als hierzulande ist im Süden Europas die Staatsverschuldung in die Höhe geschossen. Erstmals nimmt die EU überdies im großen Stil gemeinsame Kredite von 750 Milliarden Euro auf und verteilt das Geld unter den Mitgliedstaaten. Dass der deutsche Steuerzahler am Ende auch für die Schulden anderer EU-Staaten zur Kasse gebeten wird, befürchtet jeder zweite Bundesbürger. Angesichts dessen mutet der Wahlkampf bizarr an. Während den

Menschen beim Anblick der Schuldenberge mulmig ist, reden die Politiker davon, wie Deutschland den Klimawandel im Alleingang stoppt – egal zu welchem Preis. Die Grünen wollen gleich auch die Schuldenbremse umbauen, um dem Staat auf Dauer eine drastisch höhere Kreditaufnahme zu ermöglichen. Und Olaf Scholz ist ebenso wie die Ökopartei dafür, den pumpfinanzierten EU-Wiederaufbaufonds zur Dauereinrichtung zu machen. Europa soll eine Fiskalunion werden, bei der Schuldenstaaten die Nettozahler überstimmen können.

Wahlumfragen sind noch kein Ergebnis. Doch sollte Olaf Scholz tatsächlich Bundeskanzler werden, wird er nach einem Kassensturz entweder die Pläne seiner Partei wie einst Gerhard Schröder einfach begraben – oder die Bürger um den Schlaf bringen.

dorothea.siems@welt.de